



Nord-Süd Info-Dienst

Nr. 100 | Mai 2009



- Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft ■ Das Neue Soziale Europa
- Die Wirklichkeit der Entwicklungszusammenarbeit ■ Eine bessere internationale Finanzarchitektur – auch für die Menschen in unserem Land ■ Globalisierung braucht einen Ordnungsrahmen ■ Nachgefragt: Fünf Klima- und Energie-Irrtümer

Inhalt

■ Vorwort

Achim Post, Leiter der Abteilung Internationale Politik und Stellvertretender Bundesgeschäftsführer

■ Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesaußenminister und Stellvertretender SPD-Parteivorsitzender

■ Das Neue Soziale Europa

Martin Schulz MdEP, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des SPD-Präsidiums

■ Die Wirklichkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Heidemarie Wiecek-Zeul MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vorsitzende des Forums Eine Welt, und **Dr. Bernd Bornhorst**, Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR e.V. und Vorstandsmitglied des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen e. V.

■ Eine bessere internationale Finanzarchitektur – auch für die Menschen in unserem Land

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen und Stellvertretender Vorsitzender der SPD

■ Globalisierung braucht einen Ordnungsrahmen: Sozial- und Umweltstandards voranbringen

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

■ Nachgefragt: Fünf Klima- und Energie-Irrtümer – Sigmar Gabriel antwortet

Sigmar Gabriel MdB, Bundesminister für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit und Mitglied des SPD-Parteivorstands

Vorwort

von Achim Post

Leiter der Abteilung Internationale Politik
und Stellvertretender Bundesgeschäftsführer



Liebe Leserinnen und Leser des Nord-Süd Info-Dienstes,

Sie halten heute die 100. Ausgabe des Nord-Süd Info-Dienstes in den Händen. Aus der Taufe gehoben wurde der Info-Dienst auf Initiative des Bremer SPD-Landesverbandes, namentlich von Henning Scherf, Gunther Hilliges und Manfred Hinz vor über 30 Jahren, im Herbst 1978, unter dem Titel „Dritte Welt Info-Dienst“. 1985 erhielt er seinen heutigen Namen Nord-Süd Info-Dienst. In dieser Zeit wuchs ein neues und globales Verständnis von Politik. Willy Brandt hatte 1980 als Leiter der

Nord-Süd-Kommission den Vereinten Nationen seinen Bericht „Das Überleben sichern“ vorgelegt. Der Brandt-Report entwarf eine Vision für eine Partnerschaft zwischen Nord und Süd, betonte die gemeinsamen Interessen aller Menschen und Nationen und mahnte eine Globalisierung der Politik an.

Für die Verwirklichung dieser Vision leistete der Nord-Süd Info-Dienst in all den Jahren einen überaus wichtigen Beitrag. Schon bald wurde der Nord-Süd Info-Dienst über den Bremer Einzugsbereich hinaus eine Institution auf Bundesebene. Er führte die außen- und entwicklungspolitischen Interessen der SPD zusammen. Und: Der Info-Dienst unterstützte die Gründung und Vernetzung der internationalen Basisarbeit der SPD. Darauf aufbauend wurde 1996 das „Forum Eine Welt“ der SPD gegründet, das mit regionalen Foren mittlerweile in nahezu allen Bundesländern präsent ist.

In unserer Jubiläumsausgabe finden Sie die ganze Spannweite sozialdemokratischer Politik zur Gestaltung der Globalisierung. Gerade in Zeiten der globalen Finanzkrise, der internationalen Wirtschaftskrise, des drohenden Klimakollapses, der Energie- und Rohstoffverknappung und der Zunahme des Hungers müssen wir uns unserer Verantwortung stellen.

Die Welt verlangt nach einem neuen Wirtschaftsmodell. Wir müssen angesichts dieser Krisen jetzt die Chance ergreifen, weitreichende Veränderungen durchzusetzen. Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, das auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit gerichtet ist und die Ungleichgewichte zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern ausgleicht.

Die Beiträge von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, sowie des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, zeigen eindrucksvoll, wie wir auf diesem Weg weiter vorankommen.

Zum Schluss eine Bitte: Bleiben Sie uns als Leser weiterhin treu! Der Nord-Süd Info-Dienst hat es verdient.

Ihr

Achim Post

Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

von Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bundesaußenminister und Stellvertretender SPD-Parteivorsitzender



Foto: Thomas Köhler

Im 20. Jahr des Mauerfalls erinnern wir uns an die Öffnung der Grenzen in Europa. Die Welt ist in diesen zwei Jahrzehnten eine andere geworden. Ich will versuchen, in sechs Punkten zu beschreiben, wo wir stehen und wo unsere internationale Politik für das nächste Jahrzehnt ihren Ausgang nehmen muss:

Erstens hat die Öffnung der Grenzen den Welthandel ausgeweitet. Damit entfaltet sich eine gewaltige Dynamik. Rohstoffe, Kapital und Industriegüter, aber auch Dienstleistungen bewegen sich in einem globalen Pulsschlag. Auch Arbeit konkurriert über Kontinente hinweg miteinander. Der Wettbewerb ist schnell, scharf, manchmal brutal. Der Weltmarkt aber ist eine Tatsache.

Zweitens sind auf diesem Weltmarkt neue Industriemächte aufgestiegen. Chinas Wirtschaft hat mit zweistelligen Wachstumsraten den Weg in die Spitzengruppe angetreten. Aber auch andere asiatische Nationen haben sich in kürzester Zeit modernisiert. Mit

Indien ist ein ganzer Subkontinent in das 21. Jahrhundert aufgebrochen. Hunderte von Millionen Menschen haben den Sprung in die Industriegesellschaft gemacht. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte leben jetzt mehr Menschen in urbanen Zentren als auf dem Land.

Drittens hat diese Entwicklung ein ebenso mächtiges Bedürfnis nach Ressourcen, einen globalen Hunger nach Energie ausgelöst. Die globale Konkurrenz um endliche Rohstoffe treibt Preise, aber auch Umweltkosten in die Höhe. Klimaschutz und Energiesicherheit sind zu Schlüsselfragen geworden, die kein Land mehr unberührt lassen.

Viertens haben wir im Sog des Weltmarktes und angetrieben von Medien und Internet die Geburtsstunde einer Weltgesellschaft erlebt. Naturkatastrophen wie der Tsunami im Indischen Ozean, aber auch die Terroranschläge vom 11. September und zuletzt die Finanzmarktkrise sind globale Ereignisse, die das Bewusstsein von Milliarden von Menschen formen. Die Zahl derer, die sich am weltweiten Diskurs beteiligen, ist ungeheuer gewachsen.

Fünftens ist Außenpolitik von den inneren Entwicklungsproblemen der Gesellschaften weniger denn je zu trennen. Wir sind längst Teil einer globalen Risikogemeinschaft – Wirtschaft, Sicherheit, Umwelt: alle Dimensionen betrifft es. „Nationale Souveränität“ ist ein formales Konzept geworden, das in der Realität immer mehr verblasst. Niemand kann seine Probleme mehr allein, geschweige denn *gegen* andere lösen.

Sechstens sind die großen Fragen der Friedenssicherung durch Abrüstung zurückgekehrt. 1990 war die Hoffnung groß, dass nach dem Ende des Kalten Krieges eine Ära der Entspannung beginnt. Tatsächlich aber haben bald neue regionale Konflikte, Staatszerfall, Terrorismus und der Verlust von Vertrauen zwischen den entscheidenden Mächten das Thema Abrüstung in den Hintergrund gedrängt. Die Zahl der Atomstaaten ist weltweit gewachsen. Und gewachsen ist damit auch die Gefahr der nuklearen Proliferation und des Nuklearterrorismus. Wer dagegen Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle als zentrale Überlebensfragen wieder auf die internationale Agenda setzte, war bis vor kurzem noch ein einsamer Rufer. Heute aber sind selbst die so genannten „Falken“ der internationalen Politik nachdenklich geworden. Die sozialdemokratische Forderung nach einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen findet ein neues, ein stärkeres Echo. Ein neuer Aufbruch für Frieden und Abrüstung ist möglich geworden. Nicht zuletzt durch die Hoffnung, die mit dem Amtsantritt von Barack Obama verbunden ist.

Wir erleben den Beginn des ersten wirklich globalen Jahrhunderts, und deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Menschen nach einer tragfähigen Ordnung für globale Stabilität und ein faires Miteinander suchen. Wir sind dabei wie nie zuvor aufeinander angewiesen.

In der jetzigen Weltwirtschaftskrise erleben wir, wie der Weltmarkt im Abschwung alle mitzieht. Das macht den Gedanken, wieder aussteigen und sich abschotten zu können, so verführerisch. Aber diese Krise stellt im Kern nicht die Öffnung der Grenzen und Märkte in Frage. Sie verlangt von uns vielmehr den nächsten folgerichtigen Schritt der Entwicklung.

Wie sieht dieser Schritt aus? Wir sind ihn innerstaatlich gegangen, als gegen das „Laisser faire“ des Kapitalismus eine Ordnung der Freiheit entstand, eine demokratisch legitimierte Sozialordnung, in die der Markt eingebettet war – neben Eigentumsgarantie und Vertragsfreiheit gehörten dazu auch Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung. Statt Konkurrenz um jeden Preis, auch auf Kosten des inneren Friedens, haben wir fairen Wettbewerb und Kooperation ermöglicht. Sozialpartnerschaft ist ein sehr deutscher Begriff, er stammt sozusagen aus dem Wörterbuch des „Modells Deutschland“. Aber es ist ein gutes Konzept, das es neu zu entdecken gilt, in Europa und darüber hinaus.

Diese Sozialordnung war allerdings die Lösung für den Rahmen der Nationalökonomie. Heute aber leben wir in der Globalökonomie. Und für globalisierte Märkte brauchen wir eine neue Ordnung, die über nationale Grenzen hinausgreift. Wir stehen vor der Entscheidung: Entweder Rückfall in Protektionismus – dann ist sich jeder selbst der nächste und sucht seinen Schutz hinter nationalen Grenzen. Oder der Schritt nach vorn. Und das heißt: Wer jetzt offene Märkte sichern will, muss gemeinsame Regeln für diese Märkte schaffen. Auf die Globalisierung der Märkte muss nun die politische Globalisierung folgen. Auf die faktisch schon vorhandene weltweite Risikogemeinschaft ist die globale Verantwortungsgemeinschaft die einzig wirklich dauerhaft tragfähige Antwort. Sie ist unser Ziel.

Anfangen müssen wir in Europa und mit Europa. In der EU muss auf das Projekt des Binnenmarktes das Projekt des sozialen Europa folgen. Das ist die Weiterentwicklung der europäischen Tradition der Sozialstaatlichkeit. Wir wollen Sozial- und Bildungsausgaben absichern. Wir wollen Lohn- und Steuerdumping verhindern. Für öffentliche Dienstleistungen bei Gesundheit, Wasserversorgung,

Nahverkehr, aber auch für die Sparkassen und für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir europäische Rechtssicherheit schaffen.

Weiter muss unter den großen Industrienationen und Schwellenländern der Welt auf die Freiheit des Kapitalverkehrs eine gemeinsame Ordnung für die Finanzmärkte folgen. Kein Markt, kein Akteur, kein Produkt darf mehr außerhalb der Aufsicht stehen. Steueroasen wollen wir bekämpfen.

Wir können nicht so tun, als seien wir so etwas wie passive Opfer der Globalisierung. Das Gegenteil ist der Fall! Wenige Länder haben den Freihandel und die Internationalisierung der Märkte so entschieden und aktiv vorangetrieben wie wir. Einen Großteil unseres Wohlstandes erwirtschaften wir im Austausch mit anderen Nationen. Wo wir aber großen ökonomischen Gewinn aus dem Export unserer Waren und aus dem Import günstiger Vorprodukte oder Verbrauchsgüter ziehen, da stehen wir auch in der Mithaftung für faire Regeln des Handels, für die Qualität dessen, was wir verkaufen, aber mehr noch auch für die Produktionsbedingungen bei unseren Handelspartnern. Vor der Ausbeutung von Mensch und Umwelt, vor Kinderarbeit oder, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, vor der Vernichtung des Regenwaldes, der große Mengen CO₂ aufnimmt und dem Klimawandel entgegenwirkt, können wir nicht die Augen verschließen. Deutschland muss also seine internationale politische Verantwortung aktiv wahrnehmen, die andere Länder zu Recht einfordern und zu der wir in unserem Interesse und im Interesse einer internationalen Gemeinschaft verpflichtet sind.

Damit verbinde ich den Gedanken, dass die Nationen sich auf Augenhöhe und mit Respekt begegnen. Nicht Hegemonie und Unterordnung, sondern Partnerschaft und Zusammenarbeit sind die Schlüsselbegriffe unserer Zeit. Nur wer mit anderen auf Augenhöhe kooperiert, weckt bei ihnen die Bereitschaft zur globalen Verantwortung. Wir müssen neue Allianzen der Verantwortung entwerfen. Deshalb plädiere ich für die Erweiterung der G8 – um China und Indien, um Brasilien, Mexiko und Südafrika, um ein oder mehrere Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, darunter die Türkei. Diese Verantwortungspartnerschaft der großen Industrienationen und Schwellenländer bringt das kritische Gewicht zusammen, das wir brauchen, um verbindliche Lösungen vorzubereiten.

Ein herausragender Prüfstein für die globale Verantwortungsgemeinschaft sind Frieden und Abrüstung. Jetzt ist die richtige Zeit für einen Neustart der Abrüstungspolitik. Unser Ziel ist eine Welt ohne Atomwaffen. Wir wollen, dass alle Nuklearwaffen vollständig aus Europa abgezogen werden. Das gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen.

Zum ersten Mal in der Geschichte sind alle großen Probleme und Konflikte nur noch gemeinsam zu lösen. Niemand, selbst der Stärkste nicht, ist dazu noch auf eigene Faust in der Lage. Das ist das eigentlich Neue an der internationalen Politik im 21. Jahrhundert. Der europäische Weg, Probleme anzugehen und zu lösen: kreativ, vernetzt, dialogorientiert, trifft den Nerv der Zeit. Er kann helfen, globales Vertrauen aufzubauen.

Für ein Neues Soziales Europa

Von Martin Schulz MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des SPD-Präsidiums



Europa ist eine faszinierende Idee von Frieden, Stabilität und sozialer Gerechtigkeit. Nach Jahrhunderten blutiger Konflikte und der Katastrophe der beiden Weltkriege gelang es, durch die regionale Integration der Staaten Frieden in Europa zu schaffen. Die europäische Einigung hat uns offene Grenzen, die Überwindung der Kriegsangst und wirtschaftlichen Wohlstand geschenkt. Gerade Deutschland hat als Exportnation wie kaum ein anderer Staat vom erleichterten Handel im Binnenmarkt profitiert. Die Europäische Union besteht heute aus 27 Staaten mit fast 500 Millionen Einwohnern. Sie verfügt über eine Wirtschaftsmacht, die einem Viertel der weltweiten Handels- und Wirtschaftsleistung entspricht und ist der größte Binnenmarkt der Welt.

Jahrzehntlang unterstützten die Menschen die europäische Einigung, weil sie Frieden, Freiheit und Fortschritt brachte. Die Menschen sind noch immer für Europa, aber sie haben zwischenzeitlich begonnen, Bedingungen zu stellen, die in den politischen Prozess

aufgenommen werden müssen. An erster Stelle steht die Forderung nach einem sozialen Europa. Das europäische Erfolgsrezept lautete jahrzehntlang, dass wirtschaftlicher Fortschritt und sozialer Fortschritt zwei Seiten der gleichen Medaille sind.

Doch Europa wird rechts regiert und Europa wird schlecht regiert. 19 von 27 Regierungschefs werden von Mitte-Rechts Regierungen gestellt, die konservative und marktliberale Kommissare und Kommissarinnen nach Brüssel entsenden. Deregulierung lautet ihre Devise. Während die Wirtschaft im Binnenmarkt auf europäischer Ebene harmonisiert wurde, blieb der Sozialstaat national. Die wirtschaftlichen Freiheiten drohen jetzt, die sozialen Errungenschaften einzuebnen. In den Augen vieler Menschen scheint die EU damit zur Handlangerin der globalisierten Wirtschaft zu werden – anstatt ein Instrument zur Bewältigung der Risiken und Herausforderungen der Globalisierung zu sein. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die EU sich nicht nur an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern ihre sozialen Rechte stärkt und aktiv Beschäftigung fördert.

Deshalb stellen wir, die europäischen Sozialdemokraten, die Gestaltung des sozialen Europas und Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt ist die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Doch Wirtschaftswachstum darf nie Selbstzweck sein, sondern muss immer zum Wohlstand aller beitragen. Deshalb wollen wir, dass die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine gleichrangige Sozialunion ergänzt wird.

Der europäische Binnenmarkt benötigt wie jeder Markt einen politischen und sozialen Ordnungsrahmen. Konservative und Marktliberale behaupten, Sozial- und Umweltstandards hemmen Wachstum, während weniger Lohn, längere Arbeitszeit und keine Mitbestimmung Wachstum fördern würden. Im Gegenteil, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte sind kein Kostenfaktor, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, da sie zu höherer Motivation am Arbeitsplatz, besserer Qualität der Beschäftigung, zum sozialen Frieden und der Teilhabe am Unternehmen beitragen. Im letzten Jahrhundert haben die SPD und die Gewerkschaften in Deutschland gezeigt, dass es möglich ist, den Kapitalismus zu zivilisieren – jetzt muss uns das auf europäischer Ebene gelingen.

Deshalb fordern wir einen europäischen sozialen Stabilitätspakt mit gemeinsamen europäischen Zielen und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben, gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Auch sollen sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden. Wir wollen gute Arbeit als Leitprinzip für die EU verankern. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere die Rechte des Europäischen Betriebsrats müssen gestärkt werden, um die Einbindung von Arbeitnehmern in Unternehmensentscheidungen sicherzustellen. Mit einem europäischen Pakt gegen Lohndumping wollen wir dafür sorgen, dass in allen Mitgliedsländern, auch in Deutschland, existenzsichernde Mindestlöhne gelten. Wir machen uns stark für eine soziale Fortschrittsklausel und wollen die EU-Entsenderichtlinie verbessern. In Europa muss der Grundsatz gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren stehen die Menschen in Europa vor beispiellosen Herausforderungen: einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Verteuerung der Lebensmittel und der Treibstoffe, einem Rückgang der Kaufkraft und der Zunahme des Armutsrisikos. Mehr denn je brauchen wir eine starke gemeinsame europäische Politik zum Schutz von Arbeitsplätzen und zur nachhaltigen Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Der europäische Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion sind die Basis, um unsere Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Wirtschaft zu erhalten. Der Euro hat sich als krisenfeste Währung und als Stabilitätsfaktor bewiesen und die europäische Koordinierung der Sofortmassnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte hat sich als sinnvoll erwiesen. Jetzt, in der Krise brauchen wir in Europa einen Schutzschirm für Arbeitsplätze und Vorfahrt für Beschäftigung. Deshalb unterstützen wir den von Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagenen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit. Alle europäischen Programme sollen daraufhin untersucht werden, ob sie bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen können. Durch gezielte EU-Investitionen in Energie- und Breitbandinfrastruktur und durch EU-Kredite für kleine und mittelständische Unternehmen können Millionen neuer Jobs geschaffen werden.

Blindes Vertrauen in die unsichtbare Hand des Marktes hat die Welt in die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Der globale Finanzmarkt stand am Abgrund, als Regierungen auf der ganzen Welt Rettungspakete schnürten und die Geldpolitik koordinierten. Selbst konservative und marktliberale Politiker, deren Devise bislang Deregulierung lautete, haben jetzt erkannt, dass manchmal der Markt das Problem und die Politik die Lösung ist. Die Ideologie des Markradikalismus ist in der aktuellen Krise endgültig gescheitert. Konservative und Marktliberale schreiben sich plötzlich Ideen und Rezepte auf die Fahne, die wir Sozialdemokraten schon lange vertreten. Die Europäischen Sozialdemokraten fordern seit Jahren größere Transparenz, strengere Aufsicht und



Martin Schulz, Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl, und SPD-Parteivorsitzender Franz Müntefering

bessere Regelungen für die internationalen Finanzmärkte. An diesen Forderungen halten wir fest: wir wollen eine neue Finanzmarktarchitektur mit klaren politischen Verkehrsregeln auf nationaler, europäischer und globaler Ebene durchsetzen, die alle Finanzakteure umfassen.

Zum neuen sozialen Europa gehört integral, dass die EU auch nach außen ihrer Vorreiterrolle bei der Förderung des Friedens und einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht wird. Eine starke europäische Politik für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle muss eine unserer Prioritäten bleiben. Tritt die EU geeint auf und spricht mit einer Stimme, kann es mit seiner enormen wirtschaftlichen Macht in der Welt einiges bewegen und dazu beitragen, dass die Globalisierung fair, sozial und nachhaltig gestaltet wird.

Bei der Europawahl am 7. Juni steht eine Richtungsentscheidung an. Welches Europa wollen wir? Ein Europa der freien Kapitalinteressen oder ein Europa der Sozialstaatlichkeit? Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt uns jeden Tag, dass die marktradikale Ideologie gescheitert und überholt ist. Im neuen Jahrzehnt brauchen wir ein Europa, das soziale Gerechtigkeit, Umwelt und wirtschaftlichen Erfolg zusammenbringt. Wir haben jetzt die Chance, für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Verbraucherschutz zu sorgen und neue Spielregeln für die globalen Finanzmärkte durchzusetzen, die den Kapitalismus zivilisieren. Unser Anspruch als Europa-Partei Deutschlands ist die Wahl zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft zu machen – und das bedeutet Europa nach links zu schieben.

Die Wirklichkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Interview mit **Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB**

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

von **Dr. Bernd Bornhorst**

Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR e.V. und Vorstandsmitglied des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen e. V.



Foto: Benno Kraehahn



Foto: Misereor

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Dr. Bernd Bornhorst

■ *Als Sie Ihren Posten als Entwicklungsministerin angetreten haben, war es Ihre Absicht, Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik zu betreiben. Wie sieht heute Ihre Zwischenbilanz aus: Hat Entwicklungspolitik über die Rhetorik von Sonntagsreden hinaus an Gewicht gewonnen?*

Ja, ganz ohne Zweifel. Es war ganz sicher richtig, darauf zu bestehen, dass Entwicklungspolitik mehr sein muss, als die Realisierung guter und erfolgreicher Projekte. Denn die besten Projekte allein nützen nichts, wenn nicht z.B. der Welt-handel fair gestaltet wird und die ärmsten Entwicklungsländer entschuldigt werden.

Wie gravierend die weltweiten Abhängigkeiten sind, erkennt man gerade jetzt in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise besonders deutlich.

■ *Die globalen Krisen der jüngsten Vergangenheit (Nahrungsmittelkrise, Energiekrise, Klimawandel, Finanzkrise) führen drastisch vor Augen, wie kurzsichtig unser Wirtschaftsmodell ist – vor allem auf Kosten derjenigen, die ohnehin kaum davon profitieren. Wenn das nicht alles nur Pannen sind, welche grundlegenden Reformen auf globaler Ebene benötigen wir dann?*

In der Tat: Der Markt ist über Jahrzehnte glorifiziert worden. Kurzfristiger Gewinn stand im Mittelpunkt des Denkens, statt auf langfristigen Werterhalt und Wertsteigerungen zu achten. Jetzt ist die Zeit für ein neues Verständnis gekommen. Und dabei müssen globale soziale und ökologische Regeln eine entscheidende Rolle spielen. Es geht letztlich um die Frage, ob ein ungezügelter Kapitalismus die Welt beherrscht oder ob die globale Wirtschaft im Interesse der Menschen gerecht gestaltet wird.

Die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, dass gerade die internationalen Finanzmärkte nicht ausreichend reguliert waren. Wir brauchen daher eine Reform der Finanzmärkte. Es darf keine aufsichtsfreien Räume mehr geben. Wir müssen Transparenz auf den Märkten und bei den Finanzprodukten herstellen.



Heidemarie Wieczorek-Zeul auf der Klimakonferenz im Willy-Brandt-Haus in Berlin am 29. November 2007

Zudem brauchen wir einen UN-Weltwirtschaftsrat, der wirtschaftliche und soziale Fragen auf höchster Ebene durch die Vertretung aller Regionen der Welt nachvollziehbar diskutiert. Denn wir brauchen mehr Kohärenz in der Wirtschaftspolitik.

Darüber hinaus müssen wir endlich die Voraussetzungen für einen fairen Welthandel schaffen. Die schlimmste Form, Afrika in Abhängigkeit zu halten, besteht im ungerechten Welthandel. Ich setzte mich daher besonders dafür ein, den Zugang für die ärmsten Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer zu verbessern – ohne Mengen- und Quotenbeschränkungen.

■ *Noch einmal zum Thema globaler Regierungsführung: Sie vertreten Deutschland im Gouverneursrat der Weltbank und Sie sind Mitglied der Stiglitz-Kommission zur Vorbereitung der*

UN-Konferenz zur globalen Finanzkrise. Beide Institutionen stehen ja häufig in der Kritik: undemokratisch die eine, schwerfällig und ineffizient die andere. Worauf setzen Sie: mehr Demokratie oder mehr Effizienz?

Es kann keinen Zweifel geben: Wir brauchen eine Reform von Weltbank und IWF. Wie wir überhaupt Institutionen brauchen, die auf der Höhe der Zeit sind. Die G20 sind wichtig. Aber auch die 172 anderen Staaten müssen repräsentiert werden. Bei der Reform der Weltbank sollten uns vor allem drei Kriterien leiten: Das wirtschaftliche Gewicht eines Landes, der Beitrag des Landes zu den Armutsbekämpfungsmaßnahmen der Weltbank (man denke insbesondere an die IDA-Beiträge) und das Ausleihvolumen, das Nehmerländer bei der Weltbank haben. Wohlgermerkt: Mir geht es um eine Reform der bestehenden Institutionen. Ich halte

nichts davon, sich jetzt vorschnell von den bestehenden Institutionen abzuwenden. Das wäre ein Fehler.

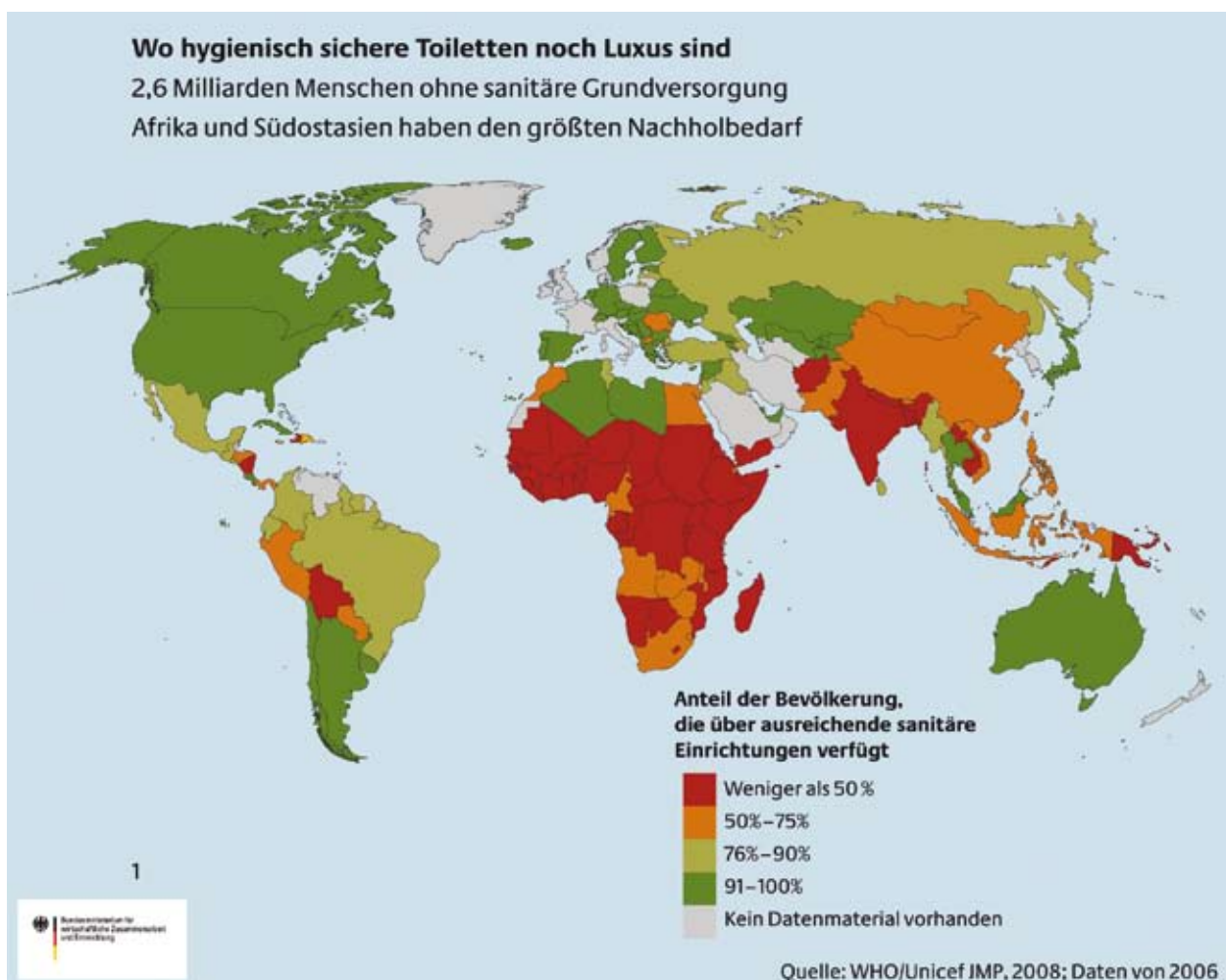
Um den aktuellen ökonomischen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir außerdem den bereits erwähnten UN-Weltwirtschaftsrat. Denn die G20 repräsentieren nur 20 Staaten. Die armen Entwicklungsländer haben hier keine Stimme. Daher ist es wichtig, die Vereinten Nationen zu stärken.

■ *Entwicklungszusammenarbeit wäre blind, wenn sie die Rolle des Privatsektors vernachlässigte – ohne sich zur Außenwirtschaftsförderung zu degradieren, wie einige das gerne hätten. Von*

Public Private Partnerships hört man allerdings nicht mehr viel. Dafür mehr von Unternehmensverantwortung zum Beispiel im Rohstoffsektor oder vom Problem der Steuerflucht internationaler Konzerne. Wo sehen Sie den Privatsektor im Nord-Süd-Verhältnis?

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft sind von uns vor 10 Jahren in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit eingeführt worden.

Ich bin sehr stolz, dass wir dies gegen manch „puristischen“ Widerstand durchgesetzt haben. Die Millenniumsentwicklungsziele können nur erreicht werden, wenn alle mit anpacken. Das



gilt für die Staaten und die multilateralen Organisationen. Das gilt aber auch für die Zivilgesellschaft, die Kirchen, die Gewerkschaften und die Unternehmen.

Die Unternehmen können mit ihren Investitionen einen enormen Hebel zugunsten von Entwicklung in Bewegung setzen. Und wir sind bereit, dabei zu helfen, wenn es einen klaren entwicklungspolitischen Mehrwert gibt. Im Schnitt können wir durch die Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft mit einem Euro aus öffentlicher Hand zwei Euro aus privater Hand zusätzlich für Entwicklungsprojekte gewinnen. Diesen Hebel müssen wir nutzen.

Eine andere, aber nicht minder wichtige Debatte, ist die um die Steuerflucht. Den Haushalten der Entwicklungsländer gehen jedes Jahr enorme Steuereinnahmen durch Steuerflucht und Steuervermeidung verloren. Dabei würden diese Mittel dringend für Gesundheit und Bildung gebraucht. Deshalb wollen wir dabei helfen, Steuervermeidung und Steuerflucht zu verhindern. Und wir fördern den Aufbau moderner Steuerverwaltungen in den Entwicklungsländern.

Und schließlich ist uns sehr daran gelegen, dass sich Rohstoffe für Entwicklungsländer nicht als Fluch, sondern als Segen erweisen. Dabei spielt Transparenz auf Seiten der betroffenen Staatshaushalte und der Unternehmen eine große Rolle. EITI hat sich hier als vorbildliche Initiative erwiesen.

■ *In Ihre Amtszeit fallen die HIPC-Entschuldungsinitiative und (wenn auch erst spät) Steigerungen der ODA-Quote. Andererseits droht einigen Entwicklungsländern bereits wieder eine Überschuldung, und an die ODA-Entwicklungshilfe richten sich Fragen, sowohl was ihren Umfang als auch was ihre Qualität betrifft. Was muss getan werden, um diese Errungenschaften zu sichern?*

Ganz einfach. Die westlichen Industrieländer müssen einhalten, was sie zugesagt haben. Für uns heißt das, wir müssen die sogenannte ODA-Quote, die den Anteil der staatlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen misst, bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent steigern.

Darüber hinaus teile ich Ihre Sorge, dass sich viele Entwicklungsländer jetzt in der Krise erneut überschulden. Gerade jetzt ist es wichtig, sicherzustellen, dass auch die Entwicklungsländer antizyklisch handeln können, ohne dass neue Schuldenberge entstehen. Dazu müssen auch Länder wie China ihren Beitrag leisten. Auch sie müssen bei der Vergabe von Krediten die Schuldentragfähigkeit im Blick behalten und dürfen nicht nur an der Sicherung von Ressourcen interessiert sein.

■ *Die Frage, wie mit unkooperativen, undemokratischen oder gar verbrecherischen Regimes umzugehen ist, ohne dass die dort lebenden Menschen den Preis dafür zahlen müssen, gehört wahrscheinlich zu den schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben der Entwicklungspolitik. Mit der zunehmenden Bedeutung von Budgethilfe dürfte diese Aufgabe nicht leichter werden. Welche Grundsätze und Instrumente wendet die deutsche Politik in solchen Fällen an?*

Die Menschenrechte haben für uns oberste Priorität. Wo sie immer und immer wieder mit Füßen getreten werden, kann es keine bilaterale staatliche Zusammenarbeit geben. So war es bisher mit der Regierung in Khartum und mit Simbabwe. Aber es gibt natürlich viele Schattierungen. In manchen Ländern arbeiten wir bewusst staatsfern. Oder wir unterstützen ausschließlich Nichtregierungsorganisationen bei humanitären Projekten.

Den richtigen Einsatz der Instrumente muss man für jedes Land einzeln prüfen und sorg-

fältig abwägen. Budgethilfe kommt nur für solche Länder in Betracht, in denen gute Regierungsführung praktiziert wird. Budgethilfe ist ein gutes und modernes Instrument. Aber es kommt nur für die wenigsten Staaten in Betracht. Mir ist wichtig, dass begriffen wird, dass Entwicklung ein Prozess ist. Es gibt keine Blaupausen, die für alle Länder passen. Und: wir fördern nicht Regierungen, sondern die Menschen. Das wird oft übersehen.

■ *Sie haben von Anfang an eine große Offenheit gegenüber der Zivilgesellschaft gezeigt. Inzwischen sieht das Bild sehr harmonisch aus. Kann die deutsche Zivilgesellschaft Sie noch provozieren? Und gibt es umgekehrt Dinge, die Sie an NRO in Deutschland richtig stören?*

Es ist meine feste Überzeugung, dass fortschrittliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten müssen, denn das gehört für mich zu „good global governance“. Jeder hat aber seine eigene Rolle dabei, die niemand verwechseln sollte. Ich bin für das Engagement der Nichtregierungsorganisationen und der Kirchen außerordentlich dankbar. Sie geben uns, auch mit ihrer Kritik, wichtige Anregungen, die uns helfen, unsere Arbeit noch besser zu machen.

■ *Wie sehen Ihre wichtigsten Vorhaben aus, wenn Sie auch nach der Bundestagswahl noch Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind?*

Entscheidend ist, dass wir die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise für die ärmsten Entwicklungsländer spürbar mindern. Wir kennen das ja: Setzt erst einmal der Aufschwung in den Industrieländern ein, wird die Krise schnell von der Tagesordnung verschwinden. In vielen Entwicklungsländern wird dann aber die eigentliche Arbeit erst beginnen.

Und wir müssen weiter an der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele arbeiten. Insbesondere bei der Bekämpfung der Kinder- und Müttersterblichkeit ist noch sehr viel zu tun.

Und schließlich muss die Verzahnung von Klimaschutz, der Neuregelung beim Klimaprotokoll und Armutsbekämpfung noch besser gelingen. Klimaschutz und der Kampf gegen die Armut – das sind die globalen Herausforderungen für das 21. Jahrhundert. Und: Es geht darum, in den Entwicklungsländern eigene soziale Netze aufzuspannen.

Eine bessere internationale Finanzarchitektur – auch für die Menschen in unserem Land

von Peer Steinbrück

Bundesminister der Finanzen und Stellvertretender Vorsitzender der SPD



Foto: SPD

In kaum einer anderen Branche ist die Globalisierung so weit vorangeschritten wie in der Finanzbranche. Dies ist nicht nur Folge der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie, die einen globalen Handel in Echtzeit ermöglicht. Die Integration der Finanzmärkte war auch das Ergebnis einer undifferenzierten, quasi-religiösen Marktgläubigkeit in großen Teilen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik. Unter dem Eindruck dieser einseitigen Marktorientierung wurden weltweit Regulierungen des Kapitalverkehrs massiv abgebaut, ohne dass man sich über angemessene Verkehrsregeln für internationale Kapitalmärkte und ihrer Akteure Gedanken machte.

Mit der globalen Integration der Finanzmärkte stieg aber das Risiko systemischer Krisen kontinuierlich – also das Risiko von Krisen, die nicht nur auf einzelne Finanzinstitutionen beschränkt bleiben, sondern die Funktionsfähigkeit eines gesamten nationalen oder sogar des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems beeinträchtigen.

Zurzeit erleben wir – ausgelöst durch die Subprime-Krise in den USA – Verwerfungen an den Finanzmärkten, wie wir sie seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr erlebt haben. Die Fernwirkungen der Krise sind derzeit noch nicht absehbar. Eines aber ist jetzt schon klar: Wir erleben eine Zäsur. Die erste globale Finanzmarktkrise des 21. Jahrhunderts wird das Weltfinanzsystem umwälzen und tiefe Spuren in der Realwirtschaft hinterlassen, also Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in einem Ausmaß, wie wir es seit 80 Jahren nicht mehr erlebt haben, verringern.

Krisenmanagement

Um zu verhindern, dass die Weltfinanzkrise zum Sturz von systemrelevanten Kreditinstituten führt und voll auf die Realwirtschaft durchschlägt, hat die deutsche Regierung durch schnelles Handeln für Vertrauen und Stabilität gesorgt. Innerhalb von nur einer Woche wurde im letzten Spätherbst das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Kraft gesetzt. Angesichts des allgemeinen Vertrauensschwundes brauchten wir eine umfassende Antwort für den gesamten deutschen Finanzsektor.

Der Grundgedanke des deutschen Rettungspakets ist denkbar einfach: Durch staatliche Garantien wird Kreditinstituten die Refinanzierung und durch staatliche Beteiligung wird den Instituten die Refinanzierung und Rekapitalisierung erleichtert. Die Banken können sich jetzt wieder gegenseitig Geld leihen, denn der Staat sichert die Institute bzw. deren Geschäfte über Kapitalmaßnahmen und Garantien. Gleichzeitig können sich die Bürger auf die Sicherheit ihrer Einlagen verlassen, denn auch für diese wurden staatliche Garantien angekündigt.

Diese Maßnahmen sind eine solide Grundlage, um das deutsche Finanzsystem zu stabilisieren und die Vertrauenskrise an den Finanzmärkten in der Welt einzudämmen. Es ist eine befristete Hilfe zur Selbsthilfe für die Banken, damit sie wieder zu ihrer normalen Geschäftstätigkeit – einschließlich Kreditvergabe an Bürger und Unternehmen – zurückkehren. Dabei wird die Unterstützung der Finanzinstitute an strenge Bedingungen geknüpft. Die Institute müssen für die Inanspruchnahme von Liquiditäts- und Refinanzierungshilfen eine angemessene Vergütung zahlen. Die Managergehälter werden begrenzt. Und als Gegenleistung für die Rekapitalisierung erhält der Staat Aktien oder andere Beteiligungsrechte, so dass er von der Erholung der Institute profitiert.

Krisenprävention

Angesichts der Bedeutung der Finanzmärkte für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Sicherheit des Geldes der Menschen wäre Krisenmanagement allein aber zu wenig. Um Systemkrisen dieses Ausmaßes in der Zukunft zu verhindern, brauchen die Finanzmärkte überall geltende, wirksame Verkehrsregeln, die eine neue Balance zwischen Staat und Finanzmärkten sicherstellen.

Hauptziel der Neuordnung muss sein, dass es zukünftig keine „blinden Flecken“ ohne Regulierung oder Aufsicht mehr gibt. Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzmarktprodukt und kein Finanzmarkt darf in Zukunft ohne Aufsicht oder Regulierung sein. Das war auch die zentrale deutsche Forderung auf den beiden Weltfinanzgipfeln in Washington im November 2008 und London im April 2009. Entscheidend ist dabei, dass Banken, Banker, Aufsichtsgremien und Investoren Risiken rechtzeitig erkennen, angemessen bewerten und soweit wie möglich minimieren.

Die Gipfelergebnisse der beiden Weltfinanzgipfel sind große, gemeinsame Schritte in diese Richtung. Alle G20-Länder sind erstmalig übereingekommen, dass in Zukunft kein Finanzmarktakteur, kein Finanzmarktprodukt und kein Finanzmarkt ohne Aufsicht oder Regulierung sein darf. Die auf den Weltfinanzgipfeln in Washington und London verabschiedeten Schlussfolgerungen enthalten zudem konkrete Maßnahmen, die diese Forderung operationalisieren. Die Länderaufsichten sollen stärker darauf ausgerichtet werden, systemische Risiken zu erkennen bzw. zu vermeiden, nicht zuletzt, indem sie prozyklisches Verhalten von Finanzinstituten, u. a. durch Aufbau von Eigenkapitalpuffern in guten Zeiten, reduzieren. Alle systemisch relevanten Hedge Fonds unterliegen in Zukunft einer Aufsicht bzw. Regulierung. Hedge Fonds oder ihre Verwalter werden registriert und einer regelmäßigen Berichtspflicht gegenüber den Aufsichtsbehörden unterworfen.

In London wurde auch beschlossen, gegen unkooperative Jurisdiktionen vorzugehen, seien es Steuer-oasen oder Gebiete, von denen Gefahren für die Finanzmarktstabilität ausgehen oder in denen Geld gewaschen werden könnte. Das ist eine gute Nachricht für alle, die ihre Steuern ehrlich bezahlen und bisher ohnmächtig dabei zusehen mussten, wie Angehörige aus den oberen Einkommenssetagen ihre Steuerlast illegal gemindert haben. Für Ratingagenturen, die Ratings für regulatorische Zwecke vornehmen, wird eine verbindliche Regulierung und Aufsicht eingeführt, auch damit sie zukünftig nicht Interessenkonflikten unterliegen.

Das Forum für Finanzstabilität („Financial Stability Forum“, FSF) – in dem Finanzministerien, Finanzaufsichten und Notenbanken wichtiger Finanzmärkte vertreten waren und zur Analyse der Finanzmarktstabilität zusammenkamen – wurde um alle G20-Staaten, Spanien und die EU-Kommission erweitert und deutlich aufgewertet. Als „Financial Stability Board“ (FSB) wird ihm nun eine zentrale Rolle bei der Reform des globalen Finanzsystems zukommen: Das FSB wird zusammen mit dem IWF die Verantwortung für den Frühwarnmechanismus zur rechtzeitigen Erkennung von Risiken für das Finanzsystem übernehmen. Ein erstes „early warning exercise“ soll bereits zur IWF-Frühjahrstagung erfolgen. Das FSF hat zum Gipfel auch neue, strenge Entlohnungskriterien entwickelt. Vergütungssysteme sollen zukünftig an längerfristigen Erfolgskriterien ausgerichtet werden. Die Implementierung der Kriterien soll von den Aufsichtsbehörden überwacht werden.

Um die derzeitige Weltwirtschaftskrise zu überwinden, ist es entscheidend, deren Hauptursache, die Finanzmarktkrise, in den Griff zu bekommen. Das ist aber nicht ausreichend. Deshalb wurden in London die Bedeutung unterstützender monetärer und fiskalischer Maßnahmen betont. Die G20-Länder beabsichtigen, bis Ende 2010 über Konjunkturprogramme in Höhe von insgesamt 5 Billionen Dollar die Weltwirtschaftsleistung um 4 Prozent zu steigern. Für Deutschland schätzt der IWF den Gesamteffekt der beiden Konjunkturprogramme und der so genannten automatischen Stabilisatoren (zunehmende Unterstützungsleistungen, geringere Steuerzahlungen) für dieses und nächstes Jahr auf mehr als 5 % des BIP. Das wird in Europa kaum übertroffen und ist fast soviel wie in den USA. Zudem wurde in London beschlossen, die Ressourcen internationaler Organisationen, vor allem des Internationalen Währungsfonds, um mehr als 1.100 Milliarden aufzustocken. Mit diesen Finanzmitteln können die Auswirkungen der Krise, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, angegangen werden.

Bewertung

Auch wenn es vermessen wäre, zu glauben, schwere Finanz- und Wirtschaftskrisen ließen sich in allen Fällen verhindern, bin ich zuversichtlich, dass die skizzierten Maßnahmen dazu beitragen, potenzielle Krisenquellen auf den Finanzmärkten früher zu identifizieren und Krisenwirkungen besser einzudämmen. Die genannten Maßnahmen müssen jetzt international ohne Abstriche rasch weiter umgesetzt werden, dann werden wir Finanzmärkte bekommen, die die Welt nicht alle sieben bis acht Jahre in gefährliche Schieflagen stürzen. Dann werden wir Finanzmärkte bekommen, die weltweit nach klaren, fairen Regeln funktionieren und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Deutschland und weltweit unterstützen.

Globalisierung braucht einen Ordnungsrahmen: Sozial- und Umweltstandards voranbringen

von Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)



Foto: DGB

Mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erleben wir das Ende des neoliberalen Globalisierungsmodells. Der Welthandel schrumpft in rasantem Tempo. In den vergangenen Monaten gingen die Exporte mit Raten zwischen 21 Prozent (Deutschland) und 46 Prozent (Japan) zurück. Noch heftiger ist der Einbruch, wenn man nur den Güterhandel betrachtet. Geht die Entwicklung so weiter, dann wird der Zusammenbruch dieses Mal womöglich schlimmer als während der Großen Depression. Zwischen 1929 und 1933 schrumpfte das Handelsvolumen auf ein Drittel. Berücksichtigt man auch noch die sehr fortgeschrittene internationale Arbeitsteilung und die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten, steigert das die Dramatik der gegenwärtigen Krise zusätzlich.

Die Krise bietet zweifellos auch Chancen. Für uns ist es die Chance, den Kasinokapitalismus zu beenden und eine neue, gerechtere, nachhaltige, ökologische und auf Beschäftigung

gerichtete Weltwirtschafts- und Finanzordnung zu installieren. Die Bundeskanzlerin verknüpft die Chancen offenbar mit der Perspektive, Deutschland gehe aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt hervor. Ist damit eine noch größere Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Kampf um globale Marktanteile gemeint? Die deutschen Gewerkschaften sehen die Chancen jedenfalls weniger in einem „Weiter-So“ auf dem Weg zur ewigen Exportweltmeisterschaft, sondern in einer Veränderung der Regeln auf den globalen Märkten, angefangen bei der Finanzindustrie über die Verabschiedung eines wirksamen Klimaabkommens in Kopenhagen im Herbst bis hin zur Implementierung und Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards in der Weltwirtschaften. Das heißt: Wir müssen die neoliberale Doktrin entfesselter Märkte verwerfen und der Politik wieder den Vorrang gegenüber der Marktdominanz einräumen. Alles andere wäre angesichts des Scherbenhaufens, den der naive Glaube an die Unfehlbarkeit der Märkte mit verursacht hat, nicht akzeptabel.

Nur eine Globalisierung, die mit sozialem Fortschritt einhergeht, ist für Industrieländer und Entwicklungsländer von Vorteil. Von zentraler Bedeutung ist die ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit mit ihren vier gleichberechtigten Säulen: Die effektive Umsetzung von Sozialstandards, die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen, die Weiterentwicklung allgemein geltender sozialer Sicherungssysteme und die Unterstützung des sozialen Dialogs zwischen den Tarifpartnern.

Die G8-Staaten haben sich auf dem Gipfel von Heiligendamm zu den Zielen der „decent work“-Strategie bekannt und die Weiterentwicklung der sozialen Standards beschlossen. Dabei standen die Kernarbeitsnormen der ILO im Mittelpunkt: Die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung der Zwangsarbeit, die Abschaffung der Kinderarbeit und das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Es kommt darauf an, dass die „decent work“-Strategie in künftige Abkommen aufgenommen und vor Ort umgesetzt wird. Insofern unterstützt der DGB ausdrücklich die Initiative von latein- und südamerikanischen Gewerkschaften TUCA, ein Sozialkapitel in das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur aufzunehmen. Bekenntnisse alleine reichen uns nicht aus. Neuere Freihandelsabkommen enthalten zwar Vorgaben zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards. Bisher fehlen aber Sanktionsmöglichkeiten, wenn die Abkommen nicht funktionieren und Mindeststandards missachtet werden. Die ILO-Kernarbeitsnormen und die Umweltnormen der Weltbank sollten verpflichtende Kriterien für die Vergabe von Investitions Garantien und für Exportkreditbürgschaften sein.

Im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz Anfang Juni sollte eine Fokussierung der Aufgaben aller internationalen Organisationen auf eine nachhaltige Entwicklung des globalen Wirtschaftens verankert werden. IWF, Weltbank und WTO müssen die Ausrichtung ihrer Politik an der „unheiligen Dreifaltigkeit“ von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung endlich aufgeben. Fairer Handel statt Freihandel, die Durchsetzung verbindlicher Regeln gegenüber transnationalen Konzernen und Investoren sowie eine vertiefte Koordinierung von Maßnahmen gegen die Weltwirtschaftskrise im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit sind dringend geboten.

Die internationalen Handelsbeziehungen müssen grundsätzlich überprüft werden. Arbeitnehmer- und Menschenrechte sowie Umweltstandards müssen in das multilaterale Handels- und Investitionsregime integriert werden. Gleiches gilt für den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Grundschulbildung und zu öffentlichen Dienstleistungen. Ferner dürfen keine generellen Zollsenkungen vereinbart werden, die die Entwicklungsländer in ihrer bisherigen Entwicklung zurückwerfen und damit desintegrativ wirken.

Globalisierung ist keine Naturgewalt, die zum Ausbau des Niedriglohnsektors oder zum Abbau der sozialen Sicherung zwingt. Die Ausweitung und Verschärfung des globalen Wettbewerbs war politisch gewollt. Der ehemalige Bundesbankpräsident Tietmeyer bemängelte schon 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Entscheidende Triebkräfte waren die global agierenden Unternehmen, aber die Regierungen der OECD-Staaten stellten die Weichen für die Liberalisierung der Märkte und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Beharrlich hält sich das falsche Leitbild, der Staat müsse sich schlank machen, weil Private billiger und besser seien als öffentliche Leistungserbringer. Das Gegenteil ist richtig: Internationale Konzerne treiben nach der Übernahme der Wasserversorgung die Preise in die Höhe und lassen die Infrastruktur verrotten; weltweit agierende Mobilitätsunternehmen unterbieten regionale Verkehrsunternehmen bei Ausschreibungen mittels Lohn- und Sozialdumping – und in beiden Fällen ist als Ergebnis die



Ausbildungsaktion vor dem Bundesrat



Der aktuelle DGB-Index Gute Arbeit

Grundversorgung für die Bevölkerung kaum noch gegeben. Globalisierung darf nicht zum Abbau des Sozialstaates führen. Vielmehr sind sozialstaatliche Elemente die Voraussetzung für eine gleichgewichtige und faire Globalisierung. Die deutschen Gewerkschaften unterstützen dabei auch freiwillige Initiativen.

Wenn Unternehmen sich freiwillig verpflichten, zu einer sozialen Gestaltung der Globalisierung beizutragen, muss ein Prozess der Standardisierung eingeleitet werden. Für die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtungen sind die Kriterien Transparenz, externes Monitoring, Vergleichbarkeit, Verbindlichkeit und Sanktionierung bei Nichteinhaltung grundlegend. Doch freiwillige Vereinbarungen können ein klares und transparentes Rechtssystem nicht ersetzen. Freiwillige Instrumente wie der deutsche Corporate Governance Kodex haben oft genug versagt. So hat der Kodex schlechte Unternehmensführung und mangelnde Kontrollen nicht verhindern können. Das zeigt, dass wir Gesetze brauchen, die das Wohl der Allgemeinheit eindeutig über das Wohlergehen der Aktionäre stellen.

Die Krise als Chance nutzen heißt, mit der Neuausrichtung im eigenen Land und vor allem in Europa zu beginnen. Die politischen Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen auf europäischer Ebene durch soziale Mindeststandards – auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten – stehen exemplarisch für die Durchsetzung globaler Standards. Arbeitnehmerrechte müssen Vorrang vor Binnenmarktfreiheiten haben. Europa kann und muss zum Vorbild eines humanen Gesellschaftssystems werden, indem es solche Standards setzt und sie zur Bedingung für den globalen Handel macht. Globalisierung hindert uns jedenfalls nicht an der Durchsetzung menschenwürdiger Lebensverhältnisse in Europa. Das behaupten nur Neoliberale, die uns diese Krise beschert haben. Europa benötigt dringender denn je ein soziales Gesicht.

Nachgefragt: Fünf Klima- und Energie-Irrtümer – Sigmar Gabriel antwortet

Sigmar Gabriel MdB

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
und Mitglied des SPD-Parteivorstands



Foto: BMU

① „Eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken hilft beim Umstieg auf erneuerbare Energien.“

Das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verfügen wir über ein funktionierendes Fördersystem für erneuerbare Energien, das nicht auf die Unterstützung in Form einer Laufzeitverlängerung angewiesen ist. Das zeigt auch der Erfolg der vergangenen Jahre. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2010 einen Anteil von mindestens 12,5 Prozent an Strom aus erneuerbaren Energien zu erreichen, haben wir bereits im Jahr 2007 vorzeitig erreicht. Im letzten Jahr waren es 14,8 %, bis zum Jahr 2020 sollen es mindestens 30 % sein, wie im EEG gesetzlich verankert. Aber auch danach wollen wir gemäß dem EEG den Ausbau kontinuierlich weiterführen: Im Jahr 2030 sollen etwa 50 % unseres Stromverbrauchs mit Erneuerbaren gedeckt werden.

Ein kontinuierliches Wachstum von Erneuerbaren soll einhergehen mit einer stetigen Verbesserung der Energieeffizienz sowie mit einem zunehmend flexibleren Kraftwerkspark. Atomkraftwerke (AKW) als Grundlastkraftwerke stören diesen Strukturwandel – und sind mit weiteren gravierenden Problemen behaftet. Längere Laufzeiten verhindern außerdem dringend notwendige Investitionen in effiziente Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien, die für eine klimafreundliche Energiezukunft unabdingbar sind. Laufzeitverlängerungen liefern Anreize, den alten Kraftwerksbestand zu konservieren, statt in Zukunftstechnologien zu investieren. Eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung würde so zumindest verzögert.

Wer Laufzeitverlängerungen fordert, sollte sich darüber bewusst sein, dass damit der Ausbau erneuerbarer Energien und die Modernisierung unseres gesamten Stromsystems behindert werden. Auch die großen Energiekonzerne wissen, dass Atomkraft und Erneuerbare nicht zusammen passen. In einer Anhörung zum Energiekonzept Großbritanniens forderte sowohl EON als auch der französische Energiekonzern EDF, den Anteil Erneuerbarer auf dauerhaft maximal 25-30 % zu begrenzen, da sonst Atomkraftwerke nicht rentabel seien.

Ein Ausbau der Erneuerbaren bedeutet für die Betreiber von Atomkraftwerken deshalb vor allem eine Störung des alten, auf sie ausgerichteten Systems. Je mehr Strom aus erneuerbaren Energien in das Stromnetz eingespeist wird, desto überflüssiger wird der stetig fließende Atomstrom.

② „Bei weiterem Ausbau erneuerbarer Energien müssen wir eine Stromlücke fürchten.“

Wer dies behauptet, kennt die Erfolgsgeschichte und die Potentiale der erneuerbaren Energien in Deutschland nicht. Studien des Bundesumweltministeriums zeigen: Es ist realistisch, bis 2020 mit erneuerbaren Energien einen Anteil von gut 30 Prozent an der Stromerzeugung abzudecken. Außerdem haben die seit dem Jahr 2000 neu installierten Erneuerbare-Energien-Anlagen in jedem Jahr rein rechnerisch mehr Strom produziert, als durch den Atomenergieausstieg im gleichen Zeitraum weggefallen ist. Diese Entwicklung wird auch zukünftig anhalten.

Von einer Stromlücke kann also keine Rede sein. Diese Argumentation verkennt auch, dass erneuerbare Energien bereits heute über die Technologien für eine sichere Stromerzeugung verfügen. Zukünftig wird das Zusammenführen verschiedener Erneuerbare-Energien-Anlagen wie Wind-, Biomasse und Solaranlagen mit Energiespeichertechniken und modernem Lastmanagement eine immer größere Bedeutung erlangen. Solche Kombikraftwerke vereinen die positiven Eigenschaften erneuerbarer Energien mit den Kraftwerkseigenschaften von konventionellen Mittellastkraftwerken. Diese Kraftwerke liefern Strom kontinuierlich und bedarfsgerecht. Statt über eine nicht vorhandene Stromlücke zu sprechen, sollten wir lieber solche innovativen Techniken gezielt fördern. Zurzeit arbeiten wir intensiv daran, die Systemintegration der erneuerbaren Energien durch einen Integrationsbonus zu verbessern. Im Zuge dieser EEG-Integrationsverordnung sollen Kombikraftwerke gefördert werden, die Strom aus erneuerbaren Energien bedarfsgerecht einspeisen. Zusätzlich ist eine Systemdienstleistungsverordnung in Arbeit, die darauf abzielt, die Sicherheit und Stabilität der Stromnetze bei hohen Anteilen von Windenergie im Netz zu erhöhen und die technische Entwicklung auf diesem Gebiet voranzutreiben. So können die Weichen für einen weiteren Ausbau der Windenergie gestellt werden.

In diesem Zusammenhang sind auch der Ausbau und die Optimierung des Stromnetzes innerhalb Deutschlands und des europäischen Stromverbundes von großer Bedeutung. Strom muss verlustarm über weite Strecken transportiert werden können, um den regionalen Ausgleich von Wind- und Solaranlagen zu erleichtern. An diesem Ausbau wird bereits gearbeitet.

Im Übrigen soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch Atomkraftwerke nicht unabhängig von Umwelteinflüssen sind. Beispielsweise müssen sie bei Trockenheit oder Überschwemmungen ihre Leistung drosseln oder ganz abgeschaltet werden, was dazu führt, dass schnell große Produktionskapazitäten ersetzt werden müssen. Im Juli 2007 speisten zeitgleich sechs deutsche Atomkraftwerke mit einer Leistung von 7.400 Megawatt keinen Strom ins Netz ein. Das sind mehr als ein Drittel der installierten Kapazität der Atomkraftwerke. Die Versorgungssicherheit in Deutschland war aber auch hier nicht gefährdet und auch die Preise an der Strombörse sind stabil geblieben.

③ „Strom aus erneuerbaren Energien ist zu teuer!“

Das ist ein gängiges Vorurteil, das nicht zutrifft. Investitionen in erneuerbare Energien sind das günstigste Mittel, um den Einstieg Deutschlands in die energiewirtschaftliche Zukunft zu sichern. Zusammen mit besserer Energieeffizienz sind sie die Grundlage für eine umweltverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Aus diesem Grund ermöglicht es das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Strom aus Wasser- und Windkraft, Biomasse und biogenem Abfall, Solarstrahlung und Geothermie vorrangig ins Netz einzuspeisen. Die gesetzlich festgelegten Mindestvergütungen bewirken eine hohe Investitionssicherheit, die gerade in der momentanen Wirtschafts- und Finanzkrise von zentraler Bedeutung ist. Die Mindestvergütungen sind abhängig von der Größe der Anlagen und der Sparte der erneuerbaren Energien; sie orientieren sich an den jeweiligen Erzeugungskosten und sind degressiv ausgestaltet. Auf diese Weise können die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher so gering wie nötig gehalten werden: Die im EEG vorgegebene Degression der Vergütungssätze übt einen dauerhaften Anreiz aus, dass die Anlagen immer effizienter, zuverlässiger und günstiger angeboten werden müssen, um die Rentabilität von Neuinvestitionen aufrecht zu erhalten. Unnötige Mitnahmeeffekte und Überförderung werden so vermieden. Auf diese Weise konnte beispielsweise erreicht werden, dass die heutigen Stromgestehungskosten von Windenergieanlagen um ca. 60 % niedriger als Anfang der 1990er Jahre liegen. In zehn Jahren dürften sich viele Anlagen am Markt selbst behaupten können. Bis dahin ist finanzielle Unterstützung nötig, weil die Schadenskosten der konventionellen Energieträger derzeit nicht genügend in die Kosten integriert sind. Bei der Vergütung für Photovoltaik gibt es seit dem 01. Januar 2009 außerdem eine ausbauabhängige Degression: bei starkem Ausbau der Photovoltaik sinkt die Vergütung schneller, bei weniger starkem Ausbau entsprechend langsamer. Auf diese Weise werden die Kosten für den Ausbau der Photovoltaik indirekt in Grenzen gehalten, ohne die Investitionssicherheit einzuschränken.

Nach aktuellen Schätzungen schlugen die Kosten zur Förderung von Erneuerbaren durch das EEG im Jahr 2008 für den Verbraucher mit etwa 4,5 Milliarden Euro zu Buche. Diese sogenannten Differenzkosten liegen kaum über dem Wert des Vorjahres (4,3 Mrd. Euro im Jahr 2007), obwohl sich die nach dem EEG vergütete Strommenge erneut in diesem Zeitraum von 14,0 auf 14,8% deutlich erhöht hat. Grund hierfür sind die überproportional gestiegenen Kosten des konventionellen Stroms, der durch die erneuerbaren Energien substituiert wurde. Wie im Vorjahr beträgt der Anteil der EEG-Umlage am Strompreis der Haushalte nur etwa 5 % bzw. rd. 1,1 Cent je Kilowattstunde. Betrachtet man die Strompreissteigerungen bei den privaten Haushalten seit dem Jahr 2000, so hat das EEG hieran nur einen Anteil von rund 10 %.

Den – begrenzten – EEG-Kosten ist der gesamtwirtschaftliche Nutzen gegenüber zu stellen. So wurden durch das EEG im Jahr 2008 Kosten für Energieimporte vor rund 1,5 Mrd. Euro und externe Kosten (Klimaschäden) von rund 5 Mrd. Euro vermieden. Die Zahl der Arbeitsplätze der Erneuerbare-Energien-Branche beläuft sich inzwischen bereits auf rund 280.000; ihre CO₂-Vermeidung auf über 110 Mio. Tonnen. Insgesamt sind das EEG und die Nutzung der erneuerbaren Energien im Strom-, Wärme- und Treibstoffbereich damit heute schon mit einem erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen verbunden.

④ „Die vollständige Versteigerung der CO₂-Zertifikate für die Stromproduktion ab 2013 führt zu Kostensteigerungen und zur Abwanderung der Industrie.“

Wer dies meint, sollte sich die Funktionsweisen des Emissionshandels und der Strompreisbildung noch einmal genauer anschauen. Der Emissionshandel ist und bleibt ein richtiges Instrument für kosten-effektiven Klimaschutz. Seit 2005 begrenzt der Emissionshandel die CO₂-Emissionen für energiewirtschaftliche Anlagen und energieintensive Industrieanlagen und sorgt endlich dafür, dass ein Preis für den Ausstoß von CO₂ entsteht. Dies führt dazu, dass die Emissionen dort vermieden werden, wo es am kostengünstigsten ist. Damit ein solches Emissionshandelssystem funktioniert, müssen natürlich bestimmte Regeln festgelegt werden, beispielsweise darüber, wie die Zertifikate zugeteilt werden. In der ersten Handelsperiode (2005 bis 2007) wurden die Emissionsberechtigungen den Unternehmen vollständig kostenlos zur Verfügung gestellt, in der zweiten Handelsperiode (2008 bis 2012) werden in Deutschland ca. 10% der Zertifikate veräußert. Im Dezember 2008 haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs nun auf die Regeln für die dritte Phase des Emissionshandels geeinigt. Ab 2013 werden Betreiber von Kraftwerken ihre Emissionszertifikate zu 100% ersteigern müssen.

Nun wird gerne behauptet, dass durch die vollständige Versteigerung der CO₂-Zertifikate ab 2013 der Strom zwangsläufig teurer wird und dies zu enormen Kostensteigerungen für die Industrie führt. Dies stimmt so nicht! Denn ganz egal, ob die Kraftwerksbetreiber ihre Emissionszertifikate umsonst bekommen oder nicht – bei der Strompreisbildung werden stets die vollen CO₂-Kosten – also auch die so genannten Opportunitätskosten – berücksichtigt. Denn die Stromkonzerne bieten in einem liberalisierten Markt ihren Strom immer zu einem Preis an, der den Marktwert der Emissionszertifikate beinhaltet. Alles andere wäre ökonomisch auch nicht sinnvoll. Schließlich könnten die Unternehmen der Stromwirtschaft ihre CO₂-Zertifikate auch einfach an der Börse veräußern. Was bedeutet dies? Die 100%-ige Versteigerung ab 2013 macht den Strom nicht teurer. Nur die Stromkonzerne werden der kostenlosen Zuteilung nachtrauern – schließlich führte diese zu Mitnahmeeffekten in Milliardenhöhe.

⑤ „Ist der Beitrag Deutschlands und der EU bei der Emissionsreduzierung angesichts der steigenden Emissionen in Schwellenländer und den USA nicht überflüssig?“

Nein, auf keinen Fall. Industrieländer wie Deutschland haben aufgrund ihrer industriellen Entwicklung in der Vergangenheit eine historische Verantwortung zum Schutz des globalen Klimas beizutragen. Schon allein deshalb müssen wir unsere Emissionen senken. Aber natürlich sind auch substantielle Beiträge der großen Emittenten und Schwellenländer zur Eindämmung des Klimawandels unerlässlich. Insbesondere die Vereinigten Staaten stehen also klar in der Verantwortung. Die neuen politischen Signale aus den USA aber zeigen ganz deutlich, dass dies auch dort erkannt wird.

Auch die Schwellenländer werden nicht darum herumkommen, ihren CO₂-Ausstoß zu begrenzen. Allerdings liegt es auch an uns, mit gutem Beispiel voranzugehen und den Schwellenländern zu zeigen, dass Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung Hand in Hand gehen. Klar ist, dass die Entwicklungsländer bei der Emissionsminderung und Anpassung mit Finanzen und Technologie unterstützt werden müssen. Bei der Bereitstellung von neuen und zusätzlichen Ressourcen werden neben öffentlichen Geldern Mittel aus dem Emissionshandel genutzt sowie Geld aus dem privaten Sektor angereizt werden müssen.



Ich will hier rein!
www.eintreten.spd.de

Impressum

SPD-Parteivorstand

Redaktion: Konstantin Woinoff, Angelika Máté

Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Tel: (030) 259 91-125/-357 • Fax: (030) 259 91-595

E-Mail: Konstantin.Woinoff@spd.de, Angelika.Mate@spd.de

www.forumeinewelt.de

ISSN: 1865-4843